

Die Partei, dein Nachbar und du

Über die Mitarbeit der Genossen aus den Betrieben im Wohngebiet

Unsere Wohngebietsparteiorganisation 27 im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg unterscheidet sich nicht wesentlich von anderen WPO, außer daß ihr Gebiet in unmittelbarer Nähe der Staatsgrenze nach Westberlin liegt.

Der WPO gehören 24 Genossinnen und Genossen an. Davon sind 18 älter als 60 Jahre. Es sind treue und parteiverbundene Parteimitglieder, die — soweit es ihre Kräfte und ihr Gesundheitszustand noch erlauben — oft in unermüdlicher Kleinarbeit in den Hausgemeinschaftsleitungen, in der Volkssolidarität und im DFD als Kassierer oder als Mitarbeiter in den verschiedenen Kommissionen ihre Parteipflichten erfüllen.

Sekretär der WPO ist eine Genossin, die von ihrer Betriebsparteiorganisation für diese Funktion delegiert wurde. Außerdem sind in der Parteileitung noch zwei junge Genossinnen, die aus verschiedenen Gründen gegenwärtig nicht berufstätig sind, und eine Genossin, die schon vor 1933 organisiert war.

Genosse Walter Ulbricht sagte auf dem VI. Parteitag: „Selbstverständlich entwickelt sich der Mensch der neuen Zeit vor allem im Produktionsprozeß. Aber er entwickelt sich auch im gesellschaftlichen Leben im Wohngebiet. Deshalb ist es so wichtig, daß die Parteimitglieder gute Beziehungen zu den Bewohnern ihres Hauses, zu den Mitgliedern der gesellschaftlichen Organisationen, zu den Besuchern des Klubs im Wohngebiet haben.“

Das heißt, vor allen Genossen, ganz gleich, ob sie in der Wohngebietsparteiorganisation oder in einer Betriebsparteiorganisation organisiert sind, steht diese Aufgabe.

Viele Fragen sind zu beantworten

Es ist verständlich, daß die Mitglieder unserer WPO diese Aufgaben, die die Partei stellt, nicht allein lösen können. Das ist auch nicht nötig, wohnen doch in unserem Wohngebiet — das rund

2000 Einwohner umfaßt — 140 Genossinnen und Genossen, die in Betrieben organisiert sind.

Die Menschen unseres Wohngebietes bewegen viele Probleme. So verstehen nicht alle ehemaligen Grenzgänger und die Bürger, die in Westberlin Freunde oder Verwandte haben, die Notwendigkeit der zuverlässigen Sicherung unserer Staatsgrenze und der damit verbundenen Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls am 13. August 1961. Manche glauben, daß mit dem Abschluß eines Friedensvertrages der alte Zustand der offenen Grenze wieder hergestellt werden würde.

Nicht immer bekommen sie von unseren Genossen, mit denen sie oft Tür an Tür wohnen, Antwort auf diese und andere Fragen.

Nach dem 13. August 1961 und besonders nachdem Genosse Walter Ulbricht in seinem Interview zu den Parteiwahlen 1962 so nachdrücklich unterstrichen hatte, daß jeder Genosse ein Vertrauensmann des Volkes sein muß, berieten wir wiederholt in Mitgliederversammlungen der WPO, aber auch im Wirkungsbereichsausschuß der Nationalen Front, wie wir die Überzeugungsarbeit im Wohngebiet verbessern können.

Konkrete Aufgaben stellen

Wir führten auch ab und zu Versammlungen mit den Genossen der BPO durch und appellierten an sie, aktiver mitzuarbeiten. Viele Genossen waren dazu bereit. Aber solange wir es bei allgemeinen Appellen beließen und den Genossen keine konkreten Aufgaben stellten, kam nicht viel dabei heraus.

Über den WBA versuchten wir, durch Kulturveranstaltungen, Aussprachen mit den HGL u. ä. einen engen Kontakt zu allen Schichten der Bevölkerung herzustellen. Dabei gab es auch Erfolge, aber sie waren trotz allem unbefriedigend.

Die Hauptursache lag darin, daß wir in den Häusern selbst keine genügend